

# Newsletter GRÜNE Zeiten

August/September 2008 Kreisverband Essen

## Editorial

### Innovationen: Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch



Der Sommer brachte nicht nur Hitze, sondern auch viel Regen und das eine oder andere heftige Unwetter mit drastischen Folgen für Teile des Essener Südens. Klimawandel! Erfreulich, dass die Stadt etwas dagegen tun will auch durch mehr Sonnenenergie zum Beispiel. Die EVAG feierte die Einweihung einer Anlage auf ihrem Betriebshof, die Stadtwerke wollen ein Solar-Großkraftwerk errichten und insgesamt prüft die Stadt, wo sie auf ihren Grundstücken weitere Möglichkeiten zur Nutzung der Solarenergie hat - also sonnige Zeiten. Außerdem wird geprüft, inwieweit sich die Wärme des Abwassers zur Energiegewinnung nutzen lässt.

In der Sommerhitze wurden zwei „Säue“ durchs Dorf gejagt: Airbusse und der künftige Strich auf dem Kirmesplatz bescherten uns die eine oder andere Schlagzeile. Grund genug, diese Themen aufzugreifen. Ansonsten beschäftigen uns die Insolvenzen von Hertie wie der Zeche Carl. Wir sind für den Erhalt!

Viel Spaß beim Lesen

wünscht Steffi Hansmeier-Maas

## Atomwaffenfrei - Atomwaffen abschaffen

Die Ächtung aller Massenvernichtungswaffen und insbesondere der nuklearen ist uns GRÜNEN seit unserer Gründung ein ernsthaftes Anliegen. Wir wollen eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, denn ihr Einsatz ist durch nichts und in keiner Situation zu rechtfertigen.“ (Grundsatzprogramm)

Deshalb werben wir unter dem Motto "Unsere Zukunft atomwaffenfrei" für eine Beteiligung an der **bundesweiten Großdemonstration gegen Atomwaffen am 30. August in Büchel** in der Eifel.

Im Fliegerhorst Büchel zwischen Cochem/Mosel und dem Nürburg Ring lagern noch immer mindestens 20 amerikanische Atombomben mit der Vernichtungswirkung von mehreren Hundert Hiroshima- Bomben. Deutsche Soldaten üben mit Tornado-Flugzeugen ihren Einsatz.

Die Essener Friedensbewegung und die GRÜNEN unterstützen die bundesweite Kampagne: "Unsere Zukunft atomwaffenfrei - Atomwaffen abschaffen bei uns anfangen".

Die UnterstützerInnen der Kampagne fordern die Bundesregierung auf,

- den Abzug der restlichen US-Atomwaffen aus Deutschland zu veranlassen,
- keine Kampfbomber und Soldaten für den Einsatz von Atomwaffen mehr zur Verfügung zu stellen,
- den kompletten Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe einzuleiten!

Bus zur Demonstration am 30.8.

Abfahrt: 8.00

Karten: Antirassismustelefon Maxstr.11, Mo - Frei, 14 - 18 Uhr, Tel.: 23 20 60

Preis 12,- Euro

**Bitte beachten und weitersagen!**

Der Bus zur Büchel-Demo am 30.8. fährt wegen des Hauptbahnhofumbaus von der **Bushaltestelle Porscheplatz**, Rathausseite, Richtung Viehoferplatz (Norden) ab.

Restkarten sind noch zu haben bei ProAsyl oder ART, Tel. 20539 und 232060.



**Der Fliegerhorst Büchel ist ein Fliegerhorst der Bundeswehr. Hier lagern die Atomwaffen unter amerikanischer Kontrolle.**

## Hertie muss bleiben

### Die GRÜNEN beziehen Position „Pro Hertie“!

Der Erhalt der vier ehemaligen Karstadtfilialen ist für die Struktur der Stadtteile in Essen enorm wichtig. „Die Vielfalt der Einkaufsstruktur ist in einigen Essener Stadtteilen bedroht. Das ist für uns ebenso von Bedeutung wie der Erhalt der Arbeitsplätze“, stellt Vorstandssprecherin Julia Kahle-Hausmann fest. „Wer wie DIE GRÜNEN lebenswerte Stadtteile und eine lebendige City haben will braucht auch Hertie und seine Warenhäuser! Ohne Hertie - Warenhäuser droht insbesondere in Borbeck und Altenessen die weitere Verlagerung der Geschäftsstrukturen hin zu Discountern oder gar die Verödung.“

### Einsatz für Hertie ist gefragt

Vorstandssprecher Thorsten Drewes forderte die Landesregierung auf, sich aktiv am Erhalt der vier Kaufhäuser sowie Hertie-Zentrale in Essen zu beteiligen: „Wenn das Überleben von Hertie durch eine Landesbürgschaft gesichert werden kann, darf die Landesregierung diese Chance nicht verstreichen lassen. Wir gehen davon aus, dass die Essener Hertiefilialen eine wirtschaftliche Überlebenschance haben und dass sie deshalb ein solches Risiko wert wären“, so das Fazit von Thorsten Drewes.

### Karstadt-Vorgeschichte

Bereits zur Karstadtinsolvenz habe sich die GRÜNEN für den Erhalt der Warenhäuser eingesetzt. Der ursprünglich von Karstadtaufsichtsrat und Beschäftigten/verdi getragene Sanierungsplan aus dem Jahre 2004/05 hatte drei Ziele verfolgt:

- 1) Standortsicherung der Filialen
- 2) Beschäftigungssicherung – Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen
- 3) Sicherung der Tarifbindung

Diese bisher erfolgreich durchgesetzten gewerkschaftlichen Ziele sind den GRÜNEN in der weiteren Auseinandersetzung um die Zukunft der Hertiehäuser wichtig. Joachim Drell

## Airbusse am Flughafen Essen-Mülheim?

Für helle Empörung unter den Mülheimer und Essener Anwohnerinnen und Anwohner des Flughafens Essen/Mülheim sorgen derzeit die Pläne des Chefs der Firma WDL, Theodor Wüllenkemper, eine Wartungsbetrieb für große Düsenflugzeuge wie dem Airbus A 320 (ca. 50 Tonnen schwer) und der vierstrahlige Maschinen vom Typ BAe-146 (ca. 22 Tonnen schwer) einzuführen. Dazu will das Unternehmen am Flughafen eine neue Flugzeugwartungshalle bauen, in dem die WDL-eigenen Flugzeuge regelmäßig gewartet werden sollen.

Dazu will das Unternehmen am Flughafen eine neue Flugzeugwartungshalle bauen, in dem die WDL-eigenen Flugzeuge regelmäßig gewartet werden sollen. Nach Angaben von WDL soll es jährlich 90 Flugbewegungen, also etwa acht im Monat, in Folge des Wartungsbetriebes geben. Die Maschinen sollen sechs bis acht Wochen am Standort verweilen. Damit dieser Betrieb überhaupt genehmigt werden kann, bedarf es einerseits einer Änderung des Bebauungsplanes seitens der betroffenen Städte Mülheim/Ruhr und Essen und andererseits einer luftverkehrsrechtlichen Genehmigung seitens des Landes. Die baurechtlichen Voraussetzungen soll nun der Bebauungsplan für den interkommunalen Gewerbepark Brunshofstraße schaffen, der bis zum 28. August im Rathaus der Stadt Mülheim öffentlich ausliegt.

Eine Befassung der städtischen Gremien in Essen soll in Kürze folgen. In beiden Städten wird es im Wesentlichen auf die CDU ankommen, ob der Bau der Wartungshalle genehmigt wird. Während in der Essener CDU die kritischen Töne gegenüber einer Ausweitung des Flugbetriebes am Flughafen Essen/Mülheim überwiegen, gilt die CDU in Mülheim, die hier zusammen mit der SPD regiert, als Wackelkandidat. Während der Mülheimer CDU-Kreisvorstand noch im Juli Nein zur großen Düse gesagt hat, hat sich ihr Oberbürgermeisterkandidat Stefan Zowislo inzwischen dafür positioniert.

### Ortstermin am Flughafen

Die GRÜNEN sind hingegen auf allen politischen Ebenen eindeutig in ihrer klaren Ablehnung



eines Wartungsbetriebes für große Düsenflugzeuge. Dies wurde nochmals am 25. August deutlich, als die Mülheimer GRÜNEN zu einer öffentlichen Begehung des Geländes am Flughafen einluden. (Siehe Foto) Dieser Einladung folgten insbesondere zahl-reiche Anwohnerinnen und Anwohner, denen die Lärmbelastung durch den Flughafen bereits heute mächtig an den Nerven zerrt und die eine massive Einschränkung ihrer Lebensqualität sowie den Wertverlust ihrer Immobilien befürchten.

Helmar Pless

Ortstermin von Bürgerinitiativen und GRÜNEN am Flughafen E-MH. Foto Jod

## Weder Abwicklung noch Kommerzkultur –

### GRÜNE wollen den Neustart der Zeche Carl

Die Altenessener „Zeche Carl“ braucht einen Neuanfang in ihren Arbeitsstrukturen und in ihrer Geschäftsführung. GRÜNE Ratsfraktion und der CDU-Kooperationspartner wollen, dass die Zeche Carl auch in den nächsten Jahren ihren Aufgaben als weit über die Stadt hinaus bekannter sozio-kultureller Veranstaltungsort gerecht werden kann.

Dazu gehört auch, dass die größtmögliche Anzahl der bisherigen Mitarbeiter, auch gerade der Teilzeitkräfte, Anteil an der neuen Struktur der Zeche Carl haben müssen. Angesichts der Insolvenz von „Verrat“ oder „eiskalter Abwicklung“ seitens der Stadt und ihrer schwarz-GRÜNEN Mehrheit zu sprechen, kann den Sorgen der Zeche Carl Mitarbeitern entsprechen, widerspricht aber der eindeutigen Zielsetzung der Stadt. Die SPD heizt diese Sorgen wider besseres Wissen an, auf plattestem Stammtischniveau sollen die Kosten der Umsiedlung des Straßenstrichs auf den ehemaligen Kirmesplatz an der Gladbecker Str. gegen die Zuschüsse an die Zeche Carl ausgespielt werden: Huren contra Sozio-Kultur. Die Altenessener SPD scheint leider nicht wirklich an der Zukunft des „Zentrums Zeche Carl“ interessiert zu sein, sondern sucht ohne Rücksicht auf Verluste und Zusammenhänge Parolen für ihren Wahlkampf. GRÜNE setzen da lieber auf Tatsachen:

#### Schulden und Zuschüsse

Seit Juli 2008 steht die Zeche Carl e.V. im Insolvenzverfahren. Dass die Geschäftsführung des Vereins diesen Schritt gehen musste, hat die seit mindestens fünf Jahren bestehenden grundlegenden Finanz- und Strukturprobleme der Zeche Carl nun der ganzen Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Einem städtischen Zuschuss von jährlich 0,5 Millionen € stehen Verbindlichkeiten gegenüber, die je nach Rechenmodell zwischen 400000 € und 600000 € zu beziffern sind. Selbst wenn es gegenüber dem Stadtkämmerer oder dem Regierungspräsidenten durchsetzbar sein sollte - die von der Zeche Carl selbst als notwendig genannten 80000 € jährlicher Zuschusserhöhung durch die Stadt durchzusetzen, würde dieses Defizit nicht ausgeglichen werden können.



#### Ordentlich gearbeitet

Dabei sind es weder die Kinder- und Jugendarbeit, noch Aktivitäten des Stadtteilbüros, oder die regelmäßigen Treffen von Arbeitslosengruppen, die das Finanzloch reißen. Hier wurde mit den öffentlichen Zuschüssen ordentlich plus-minus Null gearbeitet. Auch die Schuldzuweisungen um Fehler bei den Bauherrentätigkeiten als Auftraggeber für die Altenessener Handwerkerinitiative während der Sanierung der jetzt brachliegenden Baustelle „Malakowturm“ haben die Zeche Carl nicht zum Absturz gebracht.

*Foto: Stand der GRÜNEN beim Maifest der*

*Zeche-Carl.. Foto PH*

#### Strukturelles Minus

Trotz der jährlich rund 900000 € Einnahmen der Malakow-Kneipe, aus den unterschiedlichen Diskos und Events in der „Waschkaue“ und der „Turnhalle“, die vor Steuer etwa 120000 bis 160000 € bedeuten bleibt nach Steuerabzug ein strukturelles Minus übrig. Etwa seit den Betriebsprüfungen 2003 hatten die Steuerbehörden, z.T. aufgrund einer schärferen Gesetzeslage ein viele Jahre bestehendes Agreement aufgekündigt, die erheblichen Umsätze und Einnahmen aus den Veranstaltungsbereiche in etwa wie die Teestube eines Jugendzentrums zu behandeln.

Auf einmal waren nicht nur erhebliche Nachzahlungen an Steuern der Vorjahre zu leisten, auch der laufende Betrieb stand nun unter dem Druck, für die erhöhte Steuerlast auch mehr erwirtschaften zu müssen. Diesen Spagat konnte die Zeche um so weniger verkraften, als in den letzten 10 Jahren die Konkurrenz für ihr klassisches Veranstaltungsprogramm und bestimmte Diskos in den Nachbarstädten lebhaft herangewachsen ist. Investitionen in bessere Ausstattung von Gaststätte und Veranstaltungsräumen waren kaum finanzierbar, die Risiken mit neuen Veranstaltungsformen neues Publikum zu erschließen ohne das alte zu vergraulen schienen nicht mehr beherrschbar.

Was ursprünglich der Geldbringer zur besseren Querfinanzierung der Non-Profit-Bereiche der Zeche Carl sein sollte, wurde unter den bisherigen Vereinsstrukturen zum Mühlstein für die Gesamtarbeit. Wenn dann für eine Reihe von lukrativen Programmen die Zeche selbst nicht Veranstalter ist, sondern nur unzureichende Mietzahlungen erhält, können keine schwarzen Zahlen wachsen. Klar ist, die Zeche Carl braucht ein neues Konzept, das das sozio-kulturelle Zentrum wieder auf eine solide Grundlage stellt, auch wirtschaftlich.

### **Kompetenz-Team für Carl**

Unterstützung signalisieren die GRÜNEN deshalb für ein von der Stadt beauftragtes „Kompetenzteam“ unter Führung des ehemaligen stellvertretenden Regierungspräsidenten Jürgen Riesenbeck (SPD), das für die dauerhafte Sicherung der Zeche Carl ein zukunftsfähiges Konzept entwickeln soll. Die kulturpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion, Lisa Mews, stellt hierzu fest: „Natürlich verstehen wir die Sorgen der Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze und um die künftige inhaltliche Ausrichtung des sozio-kulturellen Zentrums im Essener Norden. Aber wir müssen auch akzeptieren, dass das bisherige Konzept unter den derzeitigen Bedingungen offensichtlich nicht mehr tragfähig ist. Die schlichte Forderung nach mehr Geld für ein einfaches ‚weiter so‘ ist daher zu kurz gegriffen.“ Es geht nicht in erster Linie darum, die endgültige Schließung zu verhindern – die erklärtermaßen sowieso niemand will –, sondern darum, mit neuen Ideen funktionsfähige Geschäftsfelder zu definieren, die das Gesamtprojekt finanziell nachhaltig absichern. GRÜNE werden sich deshalb dafür einsetzen, dass weiterhin öffentliche Zuschüsse in die Zeche fließen und deren Verwendung über ein transparentes Finanzierungssystem künftig alle Beteiligten vor unliebsamen Überraschungen schützt.

Mews: „Bis zum Ende diesen Jahres soll ein Konzept für den Neustart der Zeche Carl erarbeitet werden. Wir werden Herrn Riesenbeck beim Wort nehmen, der zugesagt hat, alle Ideen, Vor- und Ratschläge unvoreingenommen zu prüfen, egal, ob sie aus der Politik, von Mitarbeitern oder von Anwohnern aus dem Bezirk kommen.“

***Schicht im Schacht auf Carl is also noch lange nich !***

Walter Wandtke

## **Stadt steigt in Stromversorgung ein**

Auf der letzten Ratsitzung wurde das neue Ziel vorgestellt: Die Absicht der Stadt über ihre Tochtergesellschaft EVV die Geschäftstätigkeit auf den Bereich der Stromversorgung auszudehnen.

Die Stadt Essen plant, den städtischen Strombedarf künftig über die städtische EVV selbst zu decken und in der Stadt als Stromanbieter aufzutreten. Ein Vertrag mit dem RWE läuft Ende 2009 aus. Das eröffnet neue Möglichkeiten! GRÜNE begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich. Es ist ein Baustein hin zu einer Rekommunalisierung der Stromwirtschaft und angesichts der großen Energiemonopole und ihrer Macht ein wichtiger Schritt zu mehr Unabhängigkeit. Darüber hinaus ist der Geschäftsbereich lukrativ - für eine hochverschuldete Stadt ein wichtiger Grund zum Handeln.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung - die EVV will dem Rat bis Ende September 2008 einen Vorschlag für die Stromlieferung vorlegen - fordert der Runde Tisch der Umweltverbände (RUTE), „einen vertraglich festgelegten Anteil an Erneuerbaren Energien (EE) von 25%, mit einer jährlichen Aufstockung von mindestens 2%. Mindestens ein Viertel (besser ein Drittel) der EE - Strommenge soll in neu gebauten, umweltfreundlichen Kraftwerken produziert werden, die nicht durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden (zusätzlicher Umweltnutzen). Dies ist unabhängig davon, wer der zukünftige Energielieferant schließlich sein wird.“

Mit dieser Forderung stützt sich der RUTE auf das Positionspapier „Klimaschutz in den Städten“ des Deutschen Städtetages vom 19.05.2008. In der Ratsvorlage zum neuen Geschäftsbereich der Stadt wird die ausdrücklich mit der Chance verbunden, EssenerInnen „den Strombezug aus erneuerbaren Energien zu ermöglichen.“

### **Mehr Ökostrom für Essen!**

Keine Frage, dass GRÜNE diese Stoßrichtung der Rute teilen. Die Produktion von Ökostrom in Essen ist ganz in unserem Sinne. Das wollten wir schon immer und es ist nur gut, dass jetzt entsprechende Konzepte umgesetzt werden können. Flächen und Möglichkeiten zur Stromerzeugung bieten städtische Grundstücke wie auch Firmensitze und Immobilien von städtischen



Firmen. Nachdem die städtische Wohnungsbaugesellschaft einige Solardächer errichtet hat, (siehe Foto jod) auch um den CO<sub>2</sub>-Erzeugung zu reduzieren, ist nun die EVAG mit ihrem Betriebshof Ruhrallee diesem Beispiel gefolgt und produziert auf ihren Hallendächern Strom. Gleichzeitig verkünden die Stadtwerke, die „Sonne anzapfen zu wollen“ (NRZ). Auf dem Gelände der Wassergewinnungsanlage in Überrauch soll eine große Solaranlage installiert werden, die über eine Million Kilowattstunden Strom erzeugen soll. Das zeigt, die gute Sache nimmt ihren Lauf und schreitet schneller voran, als manche sich dies bisher vorzustellen konnten. GRÜN wirkt also auch an dieser Stelle. Joachim Drell

## 22,5 Millionen Sportinvestitionsprogramm aufgelegt

Wie von GRÜNEN und CDU versprochen werden im Sportbereich in den nächsten viereinhalb Jahren insgesamt 22,5 Millionen Euro zusätzlich investiert. Dabei werden die ersten Schritte zur Umsetzung des im Juni beschlossenen Bäderkonzeptes finanziert. Profitieren werden davon aber auch die Sportanlagen in Essen. So wird noch in diesem Jahr die Sportanlage an der Kuhlhoffstr. umfassend saniert. U.a. werden die Umkleidegebäude saniert und der Rasenplatz in einen Kunstrasenplatz umgewandelt.

Profitieren werden davon aber auch die Sportanlagen in Essen. So wird noch in diesem Jahr die Sportanlage an der Kuhlhoffstr. umfassend saniert. U.a. werden die Umkleidegebäude saniert und der Rasenplatz in einen Kunstrasenplatz umgewandelt. Hier zeigt sich auch schon der erste wichtige Grundsatz des Sanierungsprogramms. Die Sanierungen sollen möglichst umfassend geschehen, damit nicht an jeder Anlage stückchenweise vorgegangen wird.



**Mehrdad Mostofizadeh, sportpolitischer Sprecher der GRÜNEN, auf der Bezirkssportanlage Raumerstraße. Foto jod**

Die Verwaltung hat der Politik im August ein Umsetzungsprogramm vorgeschlagen, dass die Umwandlung von 22 Ascheplätzen in Kunstrasenplätze vorsieht und gleichzeitig diverse Sanierungsmaßnahmen an den Umkleidegebäuden beinhaltet.\* Wir GRÜNEN werden die nächsten Wochen nutzen, um intensive Gespräche zu führen. Der ESPO und die Fachsparten haben ihrerseits bereits ihre Mitarbeit zugesichert. Für uns GRÜNE ist wichtig, dass einerseits die Sportlandschaft wieder modernisiert wird. Gleichzeitig müssen inhaltliche Aspekte berücksichtigt werden. So sollen neben den Sanierungsaspekten auch Fragen der Jugendarbeit, die Förderung des Frauen- und Mädchensports, so-

wie die Berücksichtigung der Schulen und besonderer sozialer Problemlagen bei der Entscheidung eine wichtige Rolle spielen. GRÜNE werden daher sicherlich zwischen kurzfristigen Aufträgen für dringende Sanierungsmaßnahmen und Konzepten für die Zukunft zu unterscheiden haben. Konsequenter soll dabei der Ansatz weiterverfolgt werden, dass die tatsächliche Belegung der Anlagen, die Einbindung in den Stadtteil und vor allem die demografische Entwicklung sowie das Sportverhalten bei der Planung berücksichtigt werden.

### Wort gehalten

Wir GRÜNEN haben zusammen mit der CDU Wort gehalten und bringen jetzt ein umfassendes Sanierungsprogramm auf den Weg. Dabei zeigt sich, dass es keineswegs stimmt, dass diejenigen, die nichts tun, keine Fehler machen würden. Dieses Sanierungsprogramm ist nur möglich, weil einerseits konsolidiert wird und andererseits massiv investiert wird. Wenn es nach der SPD oder den Linken gegangen wäre, müssten die Sporttreibenden noch Jahrzehnte auf notwendige Sanierungsmaßnahmen verzichten. Gleichzeitig war es richtig die Großmaßnahmen wie das RWE-Stadion oder den Umbau der Eishalle außerhalb dieses

Programms mit Partnern zu finanzieren. Trotz Abstieg des Vereins arbeitet die Stadt an Konzepten zur Realisierung eines profitauglichen Stadions für Essen. Die teilweise einstürzende Haupttribüne macht deutlich, dass Kleinreparaturen nicht mehr ausreichen werden, um ein halbwegs spielfähiges Stadion zu erhalten. GRÜNE und CDU werden also auch kurz vor der Wahl noch wichtige Entscheidungen für eine zukunftsfähige Sportstadt treffen.

Mehrdad Mostofizadeh

\*Die Liste ist auf der Homepage der Stadt Essen-Ratsinformationssystem einzusehen.

## **Gastkommentar von ADFC/EFI zur generellen Ablehnung von Einbahnstraßenöffnungen durch die Altenessener SPD**

### **Altenessener SPD auf Gegenkurs beim Radverkehr**

In der Vergangenheit war es vor allem die CDU, die in Sachen Radverkehr in Essen vieles blockierte. Mittlerweile scheinen die Christdemokraten offenbar zur Einsicht gekommen zu sein, dass der Radverkehr eine der zukunftsweisenden Verkehrsträger auch in Essen ist. Zumindest seit man mit den Grünen eine Kooperation eingegangen ist. Darauf lassen Begebenheiten schließen wie beispielsweise die Verlängerung der Mitgliedschaft in der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte“ in NRW (AGFS) durch Oberbürgermeister Reiniger persönlich.

Und was macht die SPD, die ja immerhin 1995 während ihrer damaligen Regentschaft die Aufnahme Essens in besagte Arbeitsgemeinschaft betrieben hat? Seit 1999 in der Opposition, scheint man inzwischen gegen nahezu alles zu sein, was von Grünen und CDU beschlossen wird. Das ist natürlich das gute Recht einer Partei in der Opposition. Dass aber jetzt ausgerechnet beim Radverkehr eine inhaltliche 180°-Kehre vollzogen wird, ist nicht wirklich nachvollziehbar.

Was ist geschehen? Seit einigen Jahren betreiben einige Bezirksvertretungen ein Maßnahmenprogramm, in welchem alle geeigneten Einbahnstraßen für den Radverkehr geöffnet werden sollen. Diesen Beschluss haben bislang die Bezirke I (Innenstadt, Huttrop, Süd-, Ost, West- und Nordviertel), II (Rüttescheid, Stadtwald, Relling- und Bergerhausen), III (Altendorf, Frohn- und Holsterhausen, Margarethenhöhe und Haarzopf) sowie VI (Stoppeberg, Katernberg und Schonnebeck) gefasst.

Um alle Einbahnstraßen auf ihre Tauglichkeit zur Öffnung für den Radverkehr zu untersuchen, wurde ein Gremium bestehend aus Experten des Planungsamtes und des Tiefbauamtes, der Verkehrsbehörde sowie der Polizei gebildet. Diese Gruppe trifft sich regelmäßig vor Ort und prüft die jeweiligen Einbahnstraßen, ob sie nun für gegenläufigen Radverkehr freigegeben werden können. Dass dies längst nicht überall der Fall ist, zeigt die Tasche, dass den bislang 150 geöffneten Einbahnstraßen 87 Straßen gegenüberstehen, bei denen man die Freigabe aus verschiedensten Gründen abgelehnt hat. Nach Auskunft der Verwaltung sind die Bezirke I, II und VI seit kurzem „abgearbeitet“, derzeit wird der Bezirk III untersucht.

Ende Juni hatten nun die GRÜNEN in der BV V (Altenessen, Karnap, Vogelheim) den Antrag gestellt, sich dem laufenden Programm anzuschließen und auch hier alle geeigneten Einbahnstraßen zu öffnen. Angesichts der Tatsache, dass die Öffnung auch wirklich erst dann erfolgt, wenn eine eingehende Prüfung wie gerade beschrieben durchgeführt worden ist, hat eigentlich niemand damit gerechnet, dass dieser Antrag abgelehnt wird. Weit gefehlt! Mit den 9 Stimmen von SPD und FDP gegen die 7 Stimmen von Grünen und CDU ist genau dieses geschehen.

Absurd erscheinen die Begründungen, wobei das früher gerne verwendete Standardargument, gegenläufig freigegebene Einbahnstraßen seien zu gefährlich, schon nicht mehr zum Tragen gekommen ist. Zu offensichtlich ist die Tatsache, dass es in den bislang 150 geöffneten Einbahnstraßen zu keinen nennenswerten Problemen gekommen ist. Also mussten andere Begründungen her. Während die FDP den Antrag generell für Quatsch hielt – ihrer Meinung nach müsse man alle Einbahnstraßen auch wieder für den Autoverkehr öffnen – glaubt die SPD bereits ohne Prüfung festgestellt zu haben, dass in ihrem Bezirk eine sinnvolle Freigabe nicht möglich sei. Kein Wort dazu, dass die Stadt extra Fachleute einsetzt, welche derartige Prüfungen durchführen. Statt dessen empfiehlt die SPD, dass diejenigen, denen es auf der Straße zu gefährlich sei, eben langsam und rücksichtsvoll auf dem Bürgersteig fahren (!) sollen.

Dieses Verhalten passt ins Bild gerade der Altenessener SPD, die bereits in den 90er Jahren dafür gesorgt hatte, dass die Hauptradroute entlang der Altenessener Straße im Bereich des Bahnhofs keine durchgehenden Radverkehrsanlagen erhält, nur um dort eine durchgängige vierspurige Fahrbahn bauen zu können. 2005 verhinderte sie die radfahrgerechte Umgestaltung des Einmündungsbereichs Unsuhrstraße / Altenessener Straße – wobei man sich hier sogar gegen die Kollegen in der angrenzenden BV I stellte, die eine fahrradfreundliche Lösung befürworteten.

Nur aus Prinzip gegen etwas sein zu wollen, ohne ernsthafte Argumente zu haben, ist einfach zu wenig. Das sollte eigentlich auch für die Altenessener SPD gelten. Walter Wandtke jedenfalls, der für die GRÜNEN den Antrag in die BV V eingebracht hat, bittet nun um Vorschläge, welche Einbahnstraßen in den besagten drei Stadtteilen freigegeben werden können. Er will diese dann in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung V einbringen.

Jörg Brinkmann

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC), Kreisverband Essen e.V.

Essener Fahrrad-Initiative (EFI)

c/o Verkehrs- und Umweltzentrum, Maxstraße 11, 45127 Essen

## **SPD will Debatte um Straßenstrich zum Wahlkampfthema machen**

Es gibt im Parteiensystem eine neue mathematische Formel: je mehr die Umfragewerte auf Bundesebene für die SPD fallen und je näher hier in NRW die Kommunalwahl rückt, desto unberechenbarer und populistischer agiert die SPD in Essen.

Jüngstes Beispiel:

Wie im letzten Newsletter berichtet, hat der Rat der Stadt mit schwarz-grüner Mehrheit im Juni beschlossen, den Straßenstrich zum Kirmesplatz an der Gladbecker Straße zu verlagern. Zur Ratssitzung brachte die SPD-Fraktion einen Antrag dazu ein, der ihre Zustimmung zur Verwaltungsvorlage an einzelne Bedingungen knüpfte (die teilweise sogar schon in der Verwaltungsvorlage aufgegriffen wurden) und forderte z.B. die nochmalige Erweiterung des Sperrbezirkes nach Osten; mehr Beleuchtung etc.



Um der Wichtigkeit der Entscheidung gerecht zu werden und eine möglichst breite demokratische Mehrheit zu vereinen, erklärten sich Grüne und CDU bereit, sämtliche Punkte des SPD-Antrages in die

Beratungsbuss am derzeitigen Straßenstrich an der Pferdebahnstr Foto jod

Verwaltungsvorlage mit aufzunehmen. Aber anstatt sich über den Erfolg der eigenen Antragsinitiative zu freuen, wand sich der Fraktionsvorsitzende Reinhard Paß wie ein Aal und kündigte an, seine Fraktion werde gegen die Vorlage stimmen – also de facto gegen den eigenen Antrag! Das war die Superlative des politischen Handelns der SPD, die Aufnahme des eigenen Antrages abzulehnen!

Die Verweigerungshaltung der SPD (seit dem Masterplan Sport bestens bekannt) zur Vorlage ließ sich weder fachlich-inhaltlichen, nicht einmal politisch erklären, denn wer stimmt letztlich gegen seinen eigenen Antrag? Doch die Marschrichtung, die der zukünftige OB-Kandidat der SPD ausgab war klar: für die Strategie der SPD zur Kommunalwahl gilt: „Alles, was von schwarz – grün kommt wird abgelehnt, auch wenn es sinnvoll ist, da das Bild der Retter des Essener Nordens nicht bröckeln darf.“

Aber gerade an diesem Punkt wird der Zynismus der SPD deutlich: Die Nord-Süd-Debatte, die gerne mal herhalten muss, um die vermeintliche unsoziale Ratsmehrheit anzugreifen, versagt hier völlig. Sie geht vor allem zu Lasten der Prostituierten und wird gnadenlos auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen: nämlich der drogenkranken Frauen, die von der SPD weder in ihrem Antrag, noch in ihrem Redebeitrag einen Satz wert waren. Weitere ordnungspolitische Forderungen ohne sozialpolitischen Ansatz zu fordern, ist eine schwache Leistung der SPD.

Christine Müller-Hechfellner

#### **Die Positionen der GRÜNEN zum Straßenstrich:**

GRÜNE unterstützen die Planungen der Stadtverwaltung, den Straßenstrich von der Pferdebahn/Helenstraße/Bottroper Str. zum ehemaligen Kirmesplatz an der Gladbecker Straße zu verlagern. Damit endet eine mehr als 14-jährige Vertreibungspolitik durch die Stadt – von der Kastanienallee, Lindengalerie über Hachestraße, Maxstraße, Münchener Straße bis zur Pferdebahn im Jahr 2001. Der von Wohnbebauung völlig isolierte Kirmesplatz wird von den Hilfsorganisationen Suchthilfe direkt, Bella Donna, Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) und der Beratungsstelle Nachtfalter der Caritas einhellig begrüßt. Voraussetzung der Zustimmung der Grünen Ratsfraktion ist allerdings, dass der Kirmesplatz als Standort auf Dauer angelegt ist und daher auch stadtplanerische Veränderungen im Umfeld nachrangig sein müssen. Neben des überschaubaren und abgeschlossenen Areals des Kirmesplatzes, sind die zentrale Lage, die verkehrsgünstige Anbindung, die Nähe zum Hauptbahnhof und zu den Einrichtungen der Suchthilfe direkt (Drogenkonsumraum in der Hoffnungsstraße) als Vorteile zu nennen.

## **GRÜNE: Haumannwiesen erhalten**

Die GRÜNEN im Bezirk II lehnen die Planungen einer Tiefgarage unter dem Park im Haumannviertel (Rüttenscheid) ab: "Nachdem beim Neubau der Staatsanwaltschaft keine Parkplätze berücksichtigt wurden, ist allein die Planung eine Unverschämtheit", so der Rüttenscheider Bezirksvertreter Moritz Balz. Schließlich sei der Park über Jahrzehnte gewachsen und könne nicht kurzfristigen Interessen geopfert werden.

"Nachdem beim Neubau der Staatsanwaltschaft keine Parkplätze berücksichtigt wurden, ist allein die Planung eine Unverschämtheit", so der Rüttenscheider Bezirksvertreter Moritz Balz. Schließlich sei der Park über Jahrzehnte gewachsen und könne nicht kurzfristigen Interessen geopfert werden. Dass die Tiefgarage ohne substantielle Eingriffe in den Park gebaut

werden kann, halten die GRÜNEN für unrealistisch - schließlich wird das Stadtbild hier von den alten Bäumen geprägt, zu denen großer Abstand gehalten werden müsste. "Infrastruktur wie Zufahrtsrampen und Belüftung wären auf jeden Fall sichtbar und ein völlig anderer Anblick als der jetzige Park", so Moritz Balz.

Als Alternativstandort schlagen die GRÜNEN den weitläufigen und auch derzeit nicht von Bäumen bestandenen Kreuzungsbereich vor der Staatsanwaltschaft vor. "Des weiteren erwarten die GRÜNEN in der Bezirksvertretung II, das eine Nutzung des ca. 150 m entfernten und zum Teil leerstehenden Parkhaus an der Bertholdstraße / Alfredstraße mit in die laufende Parkraum- Prüfung eingebunden wird", so Fraktionssprecher Matthias Klahold.

## **Atomwaffenfrei - Atomwaffen ächten**

GRÜNE beteiligten sich am traditionellen Hiroshima-Tag, den 9. August, an einer Mahnwache, veranstaltet vom Essener Friedensforum.

Hierzu erklärt Vorstandssprecher Dr. Thorsten Drewes: „Die Ächtung aller Massenvernichtungswaffen und insbesondere der atomaren ist GRÜNEN seit unserer Gründung ein zentrales Anliegen. Wir wollen eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, denn ihr Einsatz ist durch nichts und in keiner Situation zu rechtfertigen.“ Walter Wandtke hielt angesichts des Gedanktags der nuklearen Katastrophe des ersten Atombombenabwurfs eine Rede für DIE GRÜNEN.

## **EU-Urteil zum Feinstaub - Remmel: Signal für Umweltzone Ruhrgebiet**

**Zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Thema Feinstaub erklärt Johannes Remmel MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer und umweltpolitischer Sprecher**

„Wir begrüßen das Urteil sehr. Es ist ein Meilenstein in der europäischen Rechtsprechung und muss Konsequenzen haben für das Umweltgesetzbuch und die Praxis vor Ort.“

Jeder Mensch hat nun das Recht, den Grundsatz der körperlichen Unversehrtheit auch individuell einzuklagen. Was im Grundgesetz steht, wird nämlich längst nicht überall gewährleistet. Menschen, die an hoch belasteten Straßen in NRW wohnen, können ein Lied davon singen. Mit dem Gezerre um die Umweltzone Ruhrgebiet muss jetzt Schluss ein. Minister Uhlenberg muss jetzt die Konsequenzen ziehen, sich gegen die FDP durchsetzen und eine große, einheitliche Umweltzone Ruhrgebiet auf den Weg bringen. Sie würde den dort lebenden Menschen endlich eine deutlich bessere und gesündere Luft bringen und wäre auch ein Signal für weitere Städte in NRW wie Krefeld, Münster, Wuppertal oder viele andere, ihr Engagement für eine örtliche Umweltzone fortzusetzen.

Insgesamt ist das Urteil auch ein Fingerzeug in Richtung der deutschen Fahrzeughersteller. Sie haben Anstrengungen für saubere Luft und mehr Klimaschutz viel zu lange vernachlässigt. Hier müssen Konsequenzen gezogen werden, auch durch europäische Rechtssetzung.“

## Un(i)gerecht – Grüne Ideen für bessere Hochschulen

Wer studieren kann, soll auch studieren können: Das ist das Credo grüner Hochschulpolitik, die Zugangshürden vor dem Campus einreißen will. Zukunft darf nicht länger von Herkunft abhängen. Neben einer besseren Kinder-, Jugend- und Schulpolitik braucht es dazu offene Hochschulen und gute Studienbedingungen. Der Weg in die Wissensgesellschaft führt nur durch weit geöffnete Hörsaal Türen.

Aber immer mehr Zugangshürden verstellen jungen Menschen den Weg auf den Campus: vor allem Studiengebühren, fehlende Studienplätze, hohe lokale NCs und zu wenig BAföG. Das trifft besonders die, deren Eltern wenig Geld haben. Wer trotz sozial selektivem Schulsystem die Hochschulreife überhaupt erreicht, den schrecken drohende Schuldenberge vom Studium ab.

### Grünes Ziel: Aus für die Campus-Maut

Besonders krass geschieht das in den schwarz-gelb regierten Bundesländern: Mit 1000 EUR Studiengebühren pro Jahr werden die Studierenden abkassiert. Während die versprochenen positiven Folgen der Campus-Maut weitgehend ausbleiben, haben sich in die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Studiengebühren wirken sozial selektiv und schrecken ab. Studieren ist damit noch stärker vom Geldbeutel der Eltern abhängig, Nicht-Akademiker-Kinder werden zu Exoten auf dem Campus. Die Studiengebühren sorgen dafür, dass der Anstieg der Studierendenzahlen ausbleibt. Potenziale junger Menschen werden damit vergeudet. Daher lehnen wir Grüne sämtliche Studiengebühren entschieden ab – deren Abschaffung haben wir auf der letzten LDK beschlossen.

In Hamburg ist es uns in der neuen Koalition leider nicht gelungen, die dort von der Union eingeführten Studiengebühren abzuschaffen. Wir haben sie aber immerhin entschärft. Das „Hamburger Modell“ ist ein Kompromiss, der besser ist als das bestehende Modell. Dennoch bleibt unser grünes Ziel ein komplett gebührenfreies Studium für alle. Genau so, wie wir es uns in Hessen gerade mit einem rot-grünen Gesetzentwurf gelungen ist. Die Abschaffung der Uni-Maut in Hessen und deren Entschärfung in Hamburg bringen eine Trendumkehr: Die Studiengebühren-Front bröckelt. Kämpfen lohnt sich – das ist eine gute Nachricht

### Studium finanzieren

Eine weitere Hürde vor dem Hörsaal ist die mangelnde Lebensunterhaltsfinanzierung: Studieren kann schließlich nur, wer es sich finanziell leisten kann. Dazu ist das BAföG da, denn Nebenjobs und Studienkredite können keine Alternative sein. Auch wenn sich die Große Koalition durch grünen Druck endlich zu der längst fälligen BAföG-Erhöhung durchgerungen hat: Eine gerechte und zukunftsfähige Studienfinanzierung ist damit noch nicht erreicht. Wir Grüne wollen die Studienfinanzierung modernisieren. Mein zentrales Ziel ist, dabei den Hochschulzugang aller Studienberechtigten zu fördern – vor allem derer aus einkommensschwachen und hochschulfernen Schichten. Die Studienfinanzierung muss den neuen Bachelor-Master-Studiengängen gerecht werden. Auch das Studieren mit Kind oder im Ausland wollen wir besser unterstützen.

### Mehr Studienplätze statt Hochstapelpakt

Mindestens 700.000 junge Menschen mehr als heute werden in den kommenden Jahren bundesweit studieren – aber nur, wenn Bund und Länder genügend zusätzliche Studienplätze schaffen. Andernfalls drohen der flächendeckende Einser-NC, endlose Warteschleifen vor dem Campus und Verdrängungskämpfe auf dem Lehrstellenmarkt. Der Hochschulzugang würde gänzlich zum Lotteriespiel.

Bund und Länder müssen daher massiv in mehr Studienplätze und bessere Studienbedingungen investieren. Doch der Hochschulpakt I ist klar unterfinanziert und reicht nur für Billig-Studienplätze. Auch die aktuellen Bund-Länder-Beratungen für den Pakt II werden wir Grüne daher kritisch begleiten und eigene Konzepte vorlegen. Klar ist: Für den Ausbau der Studienplätze müssen die FinanzministerInnen ihre Portemonnaies deutlich weiter öffnen. Denn jeder neue Studienplatz ist eine zusätzliche Bildungschance und baut eine Brücke über die Akademikerlücke.

### **Forsche Forschung, leere Lehre?**

Mehr Studienplätze allein reichen nicht, wenn Qualität ansonsten immer nur in der Forschung gefördert wird. Denn was hilft uns immer forschere Forschung, wenn gleichzeitig die Lehre immer leerer wird? Mit mehreren parlamentarischen Initiativen fordern wir eine Offensive für gute Hochschullehre ein. Wir wollen die Lehre mit einer Drei-Säulen-Strategie ins Zentrum rücken:

Dazu fordern wir erstens eine bessere Grundfinanzierung von Universitäten und Fachhochschulen, damit künftig nicht mehr jeder Prof für 60 Studis zuständig ist. Mehr HochschullehrerInnen allein reichen aber nicht aus. Gute Lehre braucht gute ProfessorInnen. Das heißt zweitens: Bessere didaktische Aus- und Fortbildung für alle DozentInnen und regelmäßige Lehrevaluationen auch durch Studierende. Und drittens fordern wir einen Wettbewerb für herausragende und innovative Lehre. Von der Landes- und Bundesregierung gibt es zur besseren Lehre leider nur absolute Leere.

Kai Gehring (gekürzt)

### **Kai`s Bericht: Besuch der Universität Duisburg-Essen**

Als neunte Station der NRW-Hochschultour besuchte die GRÜNE Delegation, diesmal bestehend aus Kai Gehring MdB, Dr. Ruth Seidl MdL und Dr. Thorsten Drewes (Sprecher KV Essen und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Landtagsfraktion), den Campus Essen der Universität Duisburg-Essen. 2003 fusionierten die beiden Universitäten aus Duisburg und Essen – ein bis dahin einmaliges Mammutprojekt in der NRW-Hochschullandschaft, das weitgehend bewältigt ist, aber noch immer zu Herausforderungen führt.

Für Kai Gehring, der seinen Wohnsitz und seinen Wahlkreis in Essen hat, war der erneute Besuch von besonderer Bedeutung – zumal er auch den Antrittsbesuch beim neuen Rektor Prof. Dr. Ulrich Radtke beinhaltete. Daneben standen Gesprächstermine beim „Kulturwissenschaftlichen Institut NRW“ (KWI) und mit der Gleichstellungsbeauftragten der Uni, Ingrid Fitzek, auf dem Programm.



Der Tag in Essen begann mit dem Besuch des innovativen „Kulturwissenschaftlichen Institutes NRW“, kurz KWI. Als Gesprächspartner standen uns der Geschäftsführer des KWI, Dr. Norbert Jegelka sowie der Soziologe und Bestseller-Autor Prof. Dr. Harald Welzer zur Verfügung. Das KWI, so berichtete Dr. Jegelka, sei ein interdisziplinäres Forschungsinstitut und -kolleg für Geistes-

und Naturwissenschaften. Es steht damit in der Tradition internationaler Advanced Study-Institute. Die Grundstruktur ist zudem interuniversitär angelegt, das Institut der „Universitätsallianz Metropole Ruhr“ (UAMR) zugeordnet. Neben der Universität Duisburg-Essen ist also auch die TU Dortmund und die Ruhr-Uni Bochum am KWI beteiligt. Forschungsschwerpunkte sind die Grundfragen, Probleme und Konflikte der modernen Gesellschaft. Zu wechselnden Themen der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften richtet das KWI befristete Forschungsgruppen und Projekte ein und besetzt diese mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland. Interkultur, Erinnerungskultur und Klimakultur bilden besonders wichtige Projektbereiche des KWI. Der zweite Teil des Gesprächs widmete sich dann auch dem aktuellen Forschungsschwerpunkt „KlimaKultur“. Prof. Welzer stellte der grünen Delegation dazu seine Publikation „Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird.“ vor. Seine Ausgangsthese ist, dass der Klimawandel und all seine negativen Begleiterscheinungen endlich zentraler Gegenstand auch der Kulturwissenschaft sein muss. Dieser Position folgend, drehen sich für Prof. Welzer die Konflikte des 21. Jahrhunderts nicht mehr wie zuvor um Ideologie und Systemkonkurrenz, sondern um Klassen-, Glaubens- und vor allem Ressourcenfragen. Diese Einschätzung, so bestätigten Ruth Seidl und Thorsten Drewes, würden die Grünen uneingeschränkt teilen. „Die Klimazerstörung ist erlebbare Realität und wirft Grundsatzfragen nach globalen Ungerechtigkeiten, Ressourcenkonflikten, Prävention und Sicherheit auf“, so Kai Gehring. Die im Buch vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen seien daher wichtige Impulse für den dringend erforderlichen gesellschaftlichen Wandel. Nur so ließen sich die Klimakatastrophe und ihre Auswirkungen tatsächlich abmildern.

Nach dem Termin im KWI ging es weiter zur Gleichstellungsbeauftragten der Uni Duisburg-Essen, Ingrid Fitzek. Sie empfing uns zusammen mit ihrer Stellvertreterin Elke Währisch-Große in ihrem Büro in unmittelbarer Nähe zur Hauptbibliothek. Ingrid Fitzek, ehemalige Landtagsabgeordnete der Grünen, kam auch gleich auf die Familienfreundlichkeit der Uni und die damit zusammenhängenden Probleme zu sprechen. Nach wie vor gebe es auf dem Campus keine wirklich kinderfreundliche Atmosphäre. Man müsse „lachend und singend mit den Kinder über den Campus laufen, um zu zeigen: wir sind ein Teil dieser Uni“, so Frau Fitzek. Im Vergleich mit anderen Universitäten sei der Essener Campus aber deutlich besser aufgestellt. Dass sich die Situation nun insgesamt verbessern würde, hinge aber auch mit dem Gründungsdirektor, Prof. Dr. Lothar Zechlin zusammen. Für diesen war das Thema Gleichstellung von Anfang an ein wichtiges. Unter dem neuen Rektor, Herrn Prof. Radtke, werde diese Linie offenbar konsequent weitergeführt. Was die Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk angehe, so funktioniere diese gut. Bei der Bedarfsabstimmung in Punkto Kinderbetreuung habe man sehr gute Erfahrungen gemacht. Was die Abstimmung und Kooperation mit der Stadt bei der Belegung der Kindertagesstätten angehe, so gebe es hier jedoch noch Verbesserungsbedarf.

Nachdem die Infoaktion zum Teil dem regnerischen Wetter zum Opfer fiel, ging es zum letzten Termin des Tages - und zugleich der NRW-Hochschultour: das Gespräch mit dem Rektor der Uni Duisburg-Essen, Prof. Dr. Ulrich Radtke. Wie bei allen Rektoratsgesprächen standen auch hier die Themen Studiengebühren, Studienplatzaufbau, Bolognaprozess und Exzellenzinitiative oben auf der Agenda. Hinzu kam die gerade in Essen für Irritationen sorgende Diskussion über massive Stellenstreichungen im Fachbereich Romanistik. Die in der Presse und der Öffentlichkeit geäußerten Befürchtungen seien vor allem auf ein internes Kommunikationsproblem zurückzuführen, es sei nicht sein Ziel Fachbereiche zu schließen oder Professuren zu streichen, so Prof. Radtke. Ihm schwebte stattdessen eine Evaluation der betroffenen Fachbereiche aufgrund der deutlich überdurchschnittlichen Abbrecherquoten vor. Über die Evaluationsergebnisse und den Konsequenzen daraus wollen Radtke und Gehring weiter im Gespräch bleiben.

Ein weiterer Punkt des Gesprächs war die Integration der Universität in der Stadt. Kai Gehring hob hervor, dass sich Essen vielmehr als Hochschulstandort begreifen müsse und er auf eine bessere Kooperation zwischen Stadt und Uni setze. Dies müsse sich in der zukünftigen Stadtplanung wiederfinden und auch stärker ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger

gelangen. Prof. Radtke stimmte zu und verwies auf die Planungen der Stadt, den Campus direkt mit der Innenstadt zu verbinden, um die Uni so „im Herzen der Stadt zu verankern“. „Uni muss Teil der Stadt werden“, formulierte er. Beim Thema Studiengebühren konnte sich der Rektor mit der grünen Position - die schnellstmögliche Abschaffung der Campus-Maut – durchaus anfreunden, wenn es im Gegenzug eine solide Gegenfinanzierung gebe. Kai Gehring und Ruth Seidl bestätigten, dass dies grüne Position sei.

Dieses letzte Gespräch bildete den vorläufigen Schlusspunkt der NRW-Hochschultour. Mit insgesamt neun Universitäten und Fachhochschulen wurde ein ambitioniertes Programm absolviert, das in vielerlei Punkten neue Erkenntnisse gebracht und teilweise alte Befürchtungen bestätigt hat. Die Hochschullandschaft in NRW, so heterogen sie auch ist, steht überall vor vergleichbaren Herausforderungen. Gerade die jahrzehntelange Unterfinanzierung macht den Hochschulen stark zu schaffen. Dass diese Finanzierungslücke nun mit dem Geld der Studierenden geschlossen werden soll, ist ein verantwortungs- und aussichtsloser Irrweg. Durch klare Prioritäten im Landeshaushalt müssen die Universitäten und Fachhochschulen in die Lage versetzt werden, den Herausforderungen der Wissensgesellschaft besser gewachsen zu sein. Dazu haben wir Grüne klare Finanzierungsvorschläge und innovative Konzepte entwickelt, mit denen wir auch weiterhin bei Studierenden und Hochschulen werben werden und punkten können.

## **GRÜNER Kommunalkongress in Oberhausen**

**"GRÜN GEHT'S LOS! VOR ORT. FÜR MORGEN."** - so das Motto unseres GRÜNEN Kommunalkongresses am 30. August in Oberhausen, zu dem wir Euch herzlich einladen möchten.

### **Einladung zur Ortsbegehung Schurenbachhalde am 30.08.2008**

Am 30. August 2008 lädt die Heinrich Böll Stiftung NRW um 14.00 Uhr zu einer Ortsbegehung mit inspirierenden Wegbegleitern: Dr. Hermann Buschmeyer, Arbeitskreis KultRuhr 2010 der Stiftung, Werner Bussick, „Altenessener Geschichtsverein“ und Marion Steiner, rhondda - internationales für Industriekultur auch in das Umfeld dieses besonderen Ortes des Ruhrgebiets ein.

## **Neue Informationsblätter der GRÜNEN Bundestagsfraktion**

Folgende Kurzinformationen sind neu erschienen:

Afghanistan –Kurswechsel jetzt! 16/135

GRÜNES Anti-Armutsprogramm –gegen Armut trotz Arbeit 16/119

Erinnerung wach halten –Verantwortung für die Zukunft 16/139

Abschied vom Abfall –die GRÜNE Kreislaufwirtschaft 16/120

Für mehr Leidenschaft –die EU und der Bundestag 16/115

Der Berg ruft! Um Hilfe – die Alpen schützen 16/127

Im Konsumdschongel – eine Bresche für mehr Verbraucherschutz 16/136